



## **Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT**

—

Fraktionen CDU, SPD und FDP

### **Konsequente Abschiebung von verurteilten Ausländern**

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/3043**

Der Landtag wolle beschließen:

#### **Aufenthaltsrechtliche Maßnahmen gegen sicherheitsrelevante Ausländer fortsetzen**

1. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung im Rahmen der 2019 gegründeten Arbeitsgruppe Ausländerrechtliche Angelegenheiten im Rahmen der inneren Sicherheit des Landes Sachsen-Anhalt (AG AURIST) sicherheitsrelevante Ausländer gezielt in den Blick nimmt und dabei in enger Abstimmung mit Bundes- und Landesbehörden die notwendigen und rechtlich möglichen aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen einschließlich Abschiebungen oder kontrollierter Ausreisen ergreift.
2. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich weiterhin auf Bundesebene für Maßnahmen zur Verbesserung der Rückkehr vor allem von sicherheitsrelevanten Ausländern einzusetzen. Er bittet insbesondere, sich dafür einzusetzen, dass die im sog. Follow-Up Prozess des Bundesministeriums des Innern und für Heimat unter Beteiligung von Ländern und Kommunen erarbeiteten gesetzlichen Änderungsbedarfe, die Anfang August 2023 in einem ersten Diskussionsentwurf für ein Gesetz zur Verbesserung der Rückführung durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat vorgestellt wurden, schnellstmöglich in ein förmliches Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene überführt werden.

**Begründung**

erfolgt mündlich.

Guido Heuer  
Fraktionsvorsitz CDU

Dr. Katja Pähle  
Fraktionsvorsitz SPD

Andreas Silbersack  
Fraktionsvorsitz FDP